

Zum Abschied des Generals Boisdeffre
legen folgende ergänzende Meldungen vor:
General Boisdeffre schrieb folgenden Brief an
den Kriegsminister: „Paris, 30. August. Herr
Minister! Ich habe jeden den Beweis er-
halten, daß mein Vertrauen in den Ober-
kommandanten Denry, den Chef des Nachrich-
tendienstes, nicht berechtigt war. Dieses Vertrauen,
welches ich unbegrenzt war, hat mich dahin
geführt, mich täuschen zu lassen und ein Dok-
ument für echt zu erklären, welches es nicht war,
und Ihnen als solches vorzulegen. Unter diesen
Umfständen habe ich die Ehre, Herr Minister,
Sie um Enthebung von meinem Amte zu er-
suchen. Boisdeffre.“ Der Kriegsminister ant-
wortete: „Paris, 31. August. Mein lieber
General! Es erscheint mir notwendig, daß Sie
selbst als Hauptperson bei der Unterdrückung der
Angaben, welche den von Ihnen in voller
Lokalität begangenen Irrthum veranlaßten, fun-
gieren, und erst danach kann ich, wenn Sie auf
ihrem Verlangen beharren, dem mir vorgelegten
Besuche entsprechen. Genehmigen Sie die Ver-
sicherung meiner herzlichsten Geyinnung. Ca-
zaignac.“ Boisdeffre sprach hierauf dem Minister
seinen Dank dafür aus, daß er an seine Lokalität
laube, ersuchte ihn aber zugleich unter Berücksich-
tigung seiner ehrfurchtsvollen Ergebenheit, auf
einer Bitte beharren zu dürfen. Wie bereits
erwähnt, nahm der Kriegsminister hierauf die
Demission Boisdeffres an.

Die "Brette Republique" kritisiert scharf die Demission des Generals Boisdoffre, welcher jetzt, wo er seinen begangenen Fehler eingestehen sollte die Flucht ergreife. Dem "Soir" zufolge sollen Briffon, Trouillot und Marnejaux im Ministerium energisch die Revision des Dreyfus-Prozesses und die sofortige Entlassung gewisser Generale gefordert haben; Cavaignac habe jedoch mit seiner Demission gedroht, falls diese Forderungen nicht erhalten würden. Der Kassationshof beschäftigte sich gestern mit der vom Obertribunal gegen die Entscheidung der Anlagengammer in Sachen Du Paty de Clam und Hierbazy eingereichten Berufung. Publistum hatte sich in geringer Zahl eingefunden, Zwischenfälle fanden nicht statt.

Ueber die Art, wie Henry seine Fälschung ausgeführt hat, sind verschiedene Versionen verbreitet. Nach der einen hätte er einzelne Worte aus ihm vorliegenden Originalbriefen der betreffenden Militärattachees durchgekauft. Aus dem Umstande, daß er nur eine beschränkte Anzahl Worte zur Verfügung hatte, sei auch die ungläubig fehlerhafte Silbierung zu erklären. Andererseits wird behauptet, Henry habe Bruchstücke verschiedener Originalbriefe zusammengeklebt, die Lücken mit Papier ausgefüllt und Henry eingefügt, wobei er die Handschrift der Militärattachees ziemlich ungeachtet nachahmte. Im Generalstabblatt der Gendarmen beginnt das Verhör des Einzugs gemacht, als ob er sich die Fälschung zum besonderen Verdienste anrechnete. Erst die Bestürzung und der Hohnausdruck Capagnacs hätten ihn über die Schwere des Verbrechens aufgeklärt. Henry wurde in seinem Heimathsdorfe bei Gernay hingerichtet. Da dort keine Garnison ist, kann man leichter einen Vorwand finden, um das Leichenbegängniß ohne militärische Ehren zu befehlen, welche dem Selbstmörder trotz des eingetragenen Verbrechens zukommen. Durch einen Selbstmord hat Henry seiner Frau die Pension gerettet, worauf sie im Falle der Verurtheilung keinen Anspruch gehabt hätte.

Es heißt, die Majorität des Kabinetts sei im Prinzip dahin einig, daß eine Revision des Prozesses Drenfus vorzunehmen sei, nur betreffs der gerichtlichen Prozedur sowie insbesondere über den Zeitpunkt gehen die Ansichten auseinander.

„Munro“ zufolge wurde der Kriegsminister durch den Unstund veranlaßt, Henry verhaften zu lassen, daß mehrere Militärattaches drohten, daß dem französischen Gericht Klage zu erheben weil angeblich von ihnen herührende Schriftstücke gefälscht worden seien. Aus dem Kriegsministerium wird die Meldung demittirt, daß ein Generalstabsoffizier kurze Zeit vor dem Selbstmord Henrys mit ihm konfiterirt habe. General Gonie will seine Demission nicht geben. Ueber die Verhandlungen des gefrigen Ministerraths ist nichts bekannt. Ein Minister theilte einem Freunde mit, man besorgte, daß die Henry-Verlegenheiten noch weitere Verwicklungen nach sich ziehen werde. Präsident Faure ist gestern Nachmittag 1 1/2 Uhr nach Savre abgereist. Mehrere Blätter versichern, die Mehrzahl der Abgeordneten im Parlament beabsichtige, den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung zu stellen, um die letzten Ereignisse in der Kammer diskutieren zu können.

Wie schon erwähnt, hatte Oberst Henry von der Pike auf gegeben, er hat als Soldat in Afrika den Militärdienst begonnen, wurde erst als reifer Mann Lieutenant, avancirte dann regelmäßig bis zum Stabsoffizier. Unter Oberst Sandherr trat er ins Informationsbureau; er arbeitete in diesem Bureau an der Seite von Dupaty an der Ueberführung von Dreufius, welche Sandherr „das Meisterwerk des zweiten Generalstabs-Bureaus“ nannte. Wie Oberst-Lieutenant Biquart vor den Geschworenen im Pola-Prozesse sagte, hat Sandherr, der an Genirerweichung starb, es dem Obersten Henry als in Vernachlässigung hinterlassen, dieses Werk des Generalstabes zu vertheidigen. „Aber ich,“ sagte Biquart, „war der Meinung, daß man die Ehre des Generalstabes besser durch Wahrheit und Offenheit vertritt.“ Oberst Henry wurde 34 Jahre alt, er war ein Mann von gedrungener Gestalt; sein sehr markantes Gesicht war stark rötlich; er hatte ein polternes Weiden und liebte die Sprache der Unteroffiziere in den Kan- tonen. Er leitete seine Aussage vor den Ge- schworenen mit den Worten ein: „Allons y!“ In der Verhandlung ergab sich, daß dieser Chef des Informations-Bureaus keine fremde Sprache sprach. Zwischen ihm und Biquart kam es zu einer erregten Scene. Henry behauptete, geheißen zu haben, daß Biquart das geheime Document Ce cauville de D. dem Zebelos gezeigt habe und verwickelte sich in Widersprüche. Darüber zühnend, schrie er Biquart mit den Worten an: „Sie lügen!“ Die Folge war das Duell zwischen Biquart und Henry, wobei dieser am Arm leicht verwundet wurde.

Die verbreitete Klage über die Höhe der Kosten, welche mit gleichem durch den Reichs- und Staats-Anzeiger zu bewirkenden Bekanntmachungen verbunden zu sein pflegen und häufig ein greifbarem Mißverhältnis zur Bedeutung der Sache stellen, haben, wie verlautet, in zuständigen Kreisen zu Verhandlungen geführt nach der Richtung hin, ob vielleicht eine Verabreichung dieser Bekanntmachungen zu erreichen sei. In Betracht kommen dabei vor allem die kleinen Genossenschaften im Sinne der Bekanntmachung des Reichsanwalters über die Führung des Genossenschafts-Registers und der Anmeldungen dazu vom 11. Juli 1889 (Reichs-Gesetzblatt S. 150); gerade von dieser Seite hören Beschwerden über das Drüdenberren mit den vorgeschriebenen Bekanntmachungen im „Reichs-Anzeiger“ verbundenen Kosten nicht auf. Abgesehen von den Eintragungen in das Firmen-Register einschließlich der Löschungen und Veränderungen, die jedoch um des Gegenstandes und des Wertes willen in der Regel hier weniger mitzurednen, sind es dann die zum Zweck öffentlicher Auffstellung mit Ladung auf Parteibetrieb dem Reichs- und Staats-Anzeiger zufließenden Verordnungs- und Anzeiger-Gebühren, die Absicht

Entscheidungen und namentlich die Aufgebots-
erklärungen, wegen deren eine Ermäßigung der Kosten
gegenüber dem amtlichen Blatte mit Ernst ange-
regt wird. Man hat sogar behaupten dürfen,
daß in nicht seltenen Fällen die Höhe dieser
Entscheidungsgebühren völlig die Rechtsverfolgung
hindernde und Parteien bewog, ein Aufgebot zu unter-
lassen oder eine solche nicht anzustellen, mit Rücksicht auf
die unverhältnißmäßige Höhe der Gebühren insbe-
sondere bei dem „Reichs- und Staats-Anzeiger“.
Wohl haben die Gerichte in Aufgebotsfällen durch
Bestimmung von sogenannten Sammelanträgen
die Höhe der Gebühren zu mindern und auf
mehrere Sachen zu vertheilen gesucht; allein
dieses Auskunftsmittel bietet sich einmal nicht
immer, noch auch rechtzeitig dar, und dann ver-
setzt es bei kleinen Gerichten mit seltenen Auf-
gebotsfällen gar zu leicht. Daß auch Konturs-
sachen von diesem Uebelstand häufiger berührt
würden, wird sich weniger behaupten lassen, ob-
wohl auch hier solche Fälle empfindlicher Ver-
zögerung eintreten können. Und bei dem allem
wird nie vergessen, daß der „Reichs- und Staats-
Anzeiger“, ähnlich wie die öffentlichen Anzeiger zu-
den Regierungsamtsblättern, eine bevorzugte
Stellung einnimmt und die den Parteien über-
aus betreffenden Verfahren den Gerichten vorgo-
genzrathene und gebotene Stelle für unermittelliche
Bestimmungen ist, deren Länge zudem
meistens wiederum nicht gerade von dem Ein-
fluß abhängig ist. So erfreulich nun auch
Ermittelungen dieser Art sind, wenn sie von dem
in amtlichen Streifen verbreiteten Gedankem
eine Ermäßigung getragen werden, so bleibt das
eben doch allemal das bekannte ceterum censeo
auf dem Plan, um nicht zu verurtheilen, wir
meinen die Frage über die hohen Gerichtskosten
in engerm Sinne, daß diese noch viel mehr sich
zu einem Hinderniß in der Rechtsverfolgung zu-
erkennen geeignet seien und vielfach nach Herab-
setzung theilen. Man braucht durchaus nicht be-
weismäßig zu behaupten, daß die Rechtsverfolge grund-
sätzlich kosten- und gebührenfrei vor sich gehen
sollte, um sich denjenigen anzuschließen, welche dafür
und Kosten und Auslagen bei geringem Werthe
des Streitgegenstandes niemals völlig verschlingen
zu lassen und lieber dem Staat oder das Reich
— dieses kommt ja beim „Reichs-Anzeiger“ in Be-
acht — auf Erhaltung von Auslagen ganz oder theil-
weise von der Seite höherer und hoher Streitinstanzen
wieder zu Ersatz und Ausgleich Gelegenheit ge-
boten werden.

besondere Beilage ist der neuesten des „Kolonialblattes“ von der Kolonialan-
lage eine im Jahr 1884 dem Fürsten
überreichte Denkschrift über die dama-
lung der deutschen Kolonialpolitik durch-
geführte Unternehmen mit kurzen Rand-
notizen Bismarcks beigegeben. Auch diese
Angaben zeigen, mit wie umfassender Ge-
samtheit aller Möglichkeiten er an jede Frage der
kolonialen Politik herantastet. Ueber Brunn-
nen-Silbewasseria wird berichtet: Der
technische Sander, der erst eben wieder
genommen in Windhoek und dessen unmittel-
bar Umgebung fertiggestellt hat und zur Zeit
in mit der Anlage weiterer drei Brunnen
beschäftigt ist, ist in den Dienst des kaiserlichen
Ratsherrn getreten. Da er bereits aus dem
Lebertritt in den Regierungsdienst ein-
gearbeitetes Eingeborenpersonal hat, das
unternimmt mit übernommen ist, so ist er
in Lage, mehrere Brunnen zu gleicher Zeit
zu nehmen und sich nur die Aufsicht
halten. Er wird seinerseits beauftragt
Vergewissung Duff, der auch die Brunnen
an, während die Bestimmung über die
an denen gehöhrt werden soll, dem
Gouvernement vorbehalten ist. Die
Anlage von Wasserstellen gemacht
sind bisher in überraschender Weise
und hat sich von Neuem die von allen
des Landes stets angesprochene Ver-
sicherung, daß die Kolonie keineswegs wasserarm
ist. Neben diesen Arbeiten der Wind-
hoek-Wassererschließungen am Walwege
sind wieder an zwei Stellen vermittelst
Diamantkronenbohrers Wasser gehöhrt
worden, daelbst hat der kommissarische
Hauptmann von Dymbingame, Premier-
lieutenant Franke, ein früherer Pionieroffizier,
an wird in Gibben unter der Leitung des
Hauptmanns v. Burgsdorff mit Erfolg mit
weiteren Diamantkronenbohrer gearbeitet.
Diesen finden einem schon längere Zeit in
Kolonie und dann in Südwasserianischen
bei thätig gewesen Anstehler übertragen.
Die Diamantkronenbohrer sind für den
und für die Bezirke Windhoek-Dym-
bingsame; dieselben werden zunächst von
den der Schutztruppe bezieht werden.
Die Kolonialgesellschaft für Deutsch-Süd-
afrika veröffentlicht im „Kolonialblatt“
folgendes: „In einem Theile“ von Deutsch-
Südwestafrika, welcher insbesondere das ehemals
niederländische und Piet Naibibische Gebiet sowie
das nördliche umfaßt, besitzt die Deutsche

Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika als Eigenthümerin des Landes oder auf Grund besonderer Verträge ausschließliche Bergwerbsgerechtigkeit. Nachdem in neuerer Zeit mehrfache Vererbung zum Zulassung zum Vergabn seitens einzelner in Südwestafrika wohnender Personen an den dortigen Generalbevollmächtigten der Gesellschaft, Herrn Dr. Rhode in Sinatopmund, gerichtet worden waren, hat die Gesellschaft beschlossen, durch Zulassung des allgemeinen Wettbewerbs den Vergabn in den erwähnten Bezirken zu beleben und auf diesem Wege Unternehmungen zur Gewinnung der dort ohne Zweifel vorhandenen Mineralschätze ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck ist der genannte Generalvertreter der Gesellschaft ermächtigt worden, sowohl die Erlaubniß zum Schürfen, als auch für den Fall der Entdeckung ergebiger Fundstellen das Recht zum Abban derselben unter gewissen Bedingungen an jeden Bewerber zu verleihen.“

Die wesentlichen Bestimmungen der dem Generalbevollmächtigten erteilten Instruktion, für welche eine spätere Abänderung nach dem Ermessen der Gesellschaft mit Rücksicht auf die demnächst zu machenden Erfahrungen vorbehalten bleibt, werden im „Kolonialblatt“ mitgeteilt.

September feiert der 1828 zu Aßlar geborene frühere Staats- und Reichsadvokat **Dr. v. Jacobstamm** seinen Geburtstag. 1888 war er gewiss, wie dieser Zeit lebt, in Berlin. Sein Geburtstag wird er im Disseebegeben. — Unter den Mannschaften des **11. Thüringischen Regiments** ist die Muth ausgebrochen; über 400 in das Lazareth eingeliefert worden. Der zweite Richard von der zweiten ist gestorben. Sonst ist aber die Erkrankung soll im Genus schlechten. Unter den Mannschaften des 11. sind einige Anzeichen von Epidemien. Der 11. Thüringischen Regiments

vorgerufen. — Den **Fuß-Gendarmen** in den Vororten Berlins wird jetzt die allgemeine zur Einführung kommende **neue Waffe**, ein Offizier-Seitengewehr, dessen Griff dem der Offizierfädel der Armee nachgebildet ist, ausgehändigt. Die neue Waffe tritt an die Stelle der schon seit Umgestaltung der Gendarmerie gebräuchlichen Fädel-Offizierfädel, die eine Länge von einem Meter hatten, während die neue Waffe mit schwarzer Lederheide noch nicht 80 Zentimeter mißt. Am Griff ist das kaiserliche Monogramm mit Krone, sowie der preussische Adler angebracht. — Im Auftrage des Reichsamts des Innern hat sich Professor Dr. Nöhrigt vom kaiserlichen Reichsjustizsamte nach Steiermark begeben, um die durch den **Hofpremier** veranlaßten Beschäftigungen wissenschaftlich festzustellen. Das Ergebnis dieser Reise wird demnächst in Wandtafeln mit zahlreichen Abbildungen und kurzem erläuternden Text veröffentlicht werden, eine größere wissenschaftliche Arbeit über den Gegenstand dagegen später nachfolgen. Ähnliche Wandtafeln sind bereits früher über die Wies- und Fritzhäge, die Ranne u. s. w. erschienen. Die Veröffentlichung dürfte für die Interessen des Hofspremier von wesentlichem Interesse sein. — In der gestrigen Sitzung der Generalversammlung des **Bereins deutscher Eisenbahnverwaltungen** in München wurden verschiedene technische Fragen beraten, die Art der gemeinsamen Darlegung verschiedener Eisenbahnverwaltungen bei Beschädigung durchlaufener Wagonabladungen neu geregelt und eine Resolution angenommen, welche sich dafür auspricht, einheitliche Bestimmungen über die Desinfektion der zum Transport von Stalldünger und Fäkalien benutzten Eisenbahnwagen herbeizuführen. Als der nächsten Generalversammlung, welche 1900 stattfindet, wurde Straßburg gewählt. — Die von der Kreischulaufsicht entbundenen Geistlichen im Regierungsbezirk Bromberg haben, wie mitgeteilt wurde, beim Evangelischen Oberkirchenrat um die Erlaubnis zur **Niederlegung aller Ortsschulaufsicht** nachgehakt. Der Oberkirchenrat hat die erbetene Genehmigung aber einstweilen verweigert und von den Geistlichen die Fortführung der Ortsschulaufsicht verlangt. Die Dinge scheinen jedoch in manchen Fällen einen anderen Verlauf zu nehmen, als man hiernach erwarten mußte. In Nummer 16 des „Münchener Schulblatts“ für den Regierungsbezirk Bromberg“ werden sechs Geistliche namentlich aufgeführt, welche von der Ortsschulaufsicht entbunden worden sind, und in 56 Ortsschulen sind die weltlichen Kreisinspektoren mit diesen Funktionen neu betraut worden. Es wäre sicher die wünschenswerthe Lösung der Frage, wenn die Regierung in derselben Weise auch in anderen Ortsschulen vorgehen wollte. Die Ansicht, daß dies gescheitert, ist allerdings nicht groß. Die „Pos. Lehrerzeit.“ bemerkt, daß die prinzipielle Durchführung der sachmännischen Schulaufsicht ein Moment sei, das wesentlich zur Hebung des Volksschulwesens in der Provinz beitragen würde. — Aus der Rheinpfalz werden den Blättern eigenartige **Vorkommnisse in den Kriegesvereinen** gemeldet. Bei einer Jahnebeweise in Kröningen bei Odenbach haben mehrere Vereine, als der Festredner, ein Vitar, auf die letzte Reichstagswahl angespielt, den Festplatz demonstrativ verlassen. Auch haben verschiedene Krieger, nachdem vorher ein Koch auf den Prinz-Regenten von Bayern ausgebracht worden war, die Sozialdemokratie hochleben lassen und den Festredner derartig bedroht, daß dieser den Festplatz nur unter polizeilicher Begleitung verlassen konnte. Auf einem dieser Tage in Landau abgehaltenen Kriegertag für den Bezirk Landau-Odenbach wurde nach lebhaften Erörterungen eine energische Unternehmung gegen die Schuldigen in Aussicht genommen. Eine Zuschrift, die einem pfälzischen Blatte zugeht, fordert die Umwandlung der Militär- und Kriegesvereine in politische Vereine.

= **Berlin**, 2. September. Am 27. v. M. unter dem Vorſiße des Reichskommiſſars die Weltausſtellung in Paris, Geheimen

Niegringerraths Dr. Richter, eine Sitzung des Arbeitsausschusses der kunstgewerblichen Kommission behufs weiterer Berathung über die Ausgestaltung der deutschen kunstgewerblichen Abtheilung in Paris statt. Nachdem der Reichskommissar einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Ausstellungsvorbereitungen gegeben, machte er nähere Mittheilungen über die in großer Zahl eingegangenen Anmelbungen auf dem Gebiete des Kunstgewerbes, die schon jetzt erkennen lassen, daß in allen Theilen des Reichs mit regem Eifer und vollem Verstandniß für die Bedeutung der Deutschland auf der Ausstellung zufallenden Aufgaben gearbeitet wird. Im Anschlusse hieran erläuterte Professor Hoffacker an der Hand der kürzlich von der französischen Ausstellungsleitung eingesandten Pläne für das zur Annahme der Ergänznisse des Kunstgewerbes bestimmte, auf der Esplanade des Invalides belegene Gebäude den von ihm aufgestellten Entwurf für die Platztheilung und die räumliche Gestaltung der deutschen kunstgewerblichen Abtheilung. Der Deutschland zugewiesene Raum ist theils im Erdgeschoß, theils auf den durch das ganze Gebäude sich erstreckenden Gallerien belegen. Deutschland beabsichtigt eine geringe Verschiebung der französischen bereits geplanten, zur Gallerie emporführenden Treppe vorzunehmen und diese nach einheimischen Motiven in decorativ gefälliger Form auszugestalten. An den eingehenden Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Beiprechung. Die Grundideen des Hoffacker'schen Planes fanden einstimmige Anerkennung und es wurde dem Reichskommissar der dringende Wunsch ausgedrückt, sich baldigst der Zustimmung der französischen Ausstellungsleitung zu diesem Plane — jensei eine solche Zustimmung überhaupt erforderlich sei — zu vergewissern. An die mehrstündige Sitzung schloß sich ein Frühstück, bei welchem Professor von Thiersch aus Münden in warmen Worten der Thätigkeit des Reichskommissars gedachte und der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß auf den gewonnenen Grundlagen Dank dem einmüthigen und vertrauensvollen Zusammenarbeiten der kunstgewerblichen Kräfte aus allen Theilen des Reichs ein erfolgreiches Auftreten Deutschlands in Paris zuerfirstlich erhofft werden könne.

— Ueber die Stellung des deutschen Kriegerbundes zur polnischen Agitation hat der Vorsitzende des Bundes, General von Spitz folgendes Schreiben an die Kriegerverbände in den Ostmarken gerichtet:

„Berlin, den 30. August 1898.

Der Passus in meiner Ansprache auf dem Abgeordnetentage zu Weissenfels, welcher von den Kriegervereinen in den auch von Polen bewohnten Landestheilen handelt, ist von der deutschfeindlichen Presse, wie nicht anders angenommen werden kann, absichtlich mißverstanden und sein Sinn verkehrt worden. Die polnische Presse hat hieran die gefälligen Artikel geknüpft; sie ist so weit gegangen, zu erklären, daß es für einen Polen unmöglich Ehrenpunkt sein müsse, nicht einem Kriegervereine anzugehören, daß die Kriegervereine luftleerhüblig seien, daß man den katholischen polnischen Soldaten die Religion rauben wolle, und was dergleichen haltlose und thörichte Behauptungen mehr sind. Selbstverständlich ist mir nie in den Sinn gekommen, die braven deutschen Krieger und Soldaten polnischer Zunge, die, ihrem Fahnenweide getreu, an Kaiser und Reich hängen, die gute Preußen sind, aus den Kriegervereinen drängen zu wollen. Niemand kann dies mit gutem Glauben aus meiner Ansprache auslesen. Im Gegentheil müssen uns diese braven Kameraden sehr willkommen sein. Auch der resigirte Glaube des Einzelnen wird durch seine Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein ebenjowenig in den Landestheilen, wo Polen wohnen, angegriffen, wie dies in den andern Landestheilen der Fall ist. Eine wie grobe und boshafte Lüge jene Verordnungen enthalten, geht schon aus dem Umstande hervor, daß Hunderttausende treuer Katholiken dem deutschen Kriegerbunde angehören. Keiner dieser ihrer Kirche treu anhängenden alten Soldaten wird je die Empfindung gehabt haben, daß seine Zugehörigkeit zum deutschen Kriegerbunde in irgend einer Weise nachtheilig auf seine konfessionelle Ueberzeugung einwirkte. Alle die, die katholischen, braven Kameraden werden — wenn sie davon hören — über die ungeheuerlichen Behauptungen jener schlechten Presse entrüstet sein oder auch den Kopf schütteln und über den zu Tage geförderten handgreiflichen Unsinns lachen. Dagegen gehören alle diejenigen Preußen polnischer Zunge — mögen sie katholisch oder evangelischen Glaubens sein — allerdings nicht zu uns, die es mit ihrem Fahnenweide für vereinbar halten, sich an großpolnischen Agitationen und an Verbrechen zu betheiligen, deren letztes Ziel eine Vertreibung vom Reich und von Preußen ist, und die deshalb hochverrätherischer Natur sind. Das, und nichts Anderes, war der Sinn meiner Rede, in der ich zur Verhütung von Mißdeutungen ausdrücklich auf die sogenannten Sotol-Vereinigungen hingewiesen habe. Nur verneinlich hat dieser Hinweis bei der Bervielfältigung der von mir gesprochenen Worte durch den Druck nicht Aufnahme gefunden. Wie mir bekannt geworden ist, sind einige Herren Verbandsvorsitzende bereits in dankenswerther Weise den Verordnungen der polnischen Presse entgegengetreten. Soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, bitte ich dafür Sorge tragen zu wollen, daß der wahre Sinn meiner Ansprache in dem dortigen Bezirke und in den Kriegervereinen bekannt wird. Gern ermächtige ich Sie, jeden geeigneter erscheinenden Gebrauch von dieser Erklärung zu machen.“

Ferner veröffentlicht der Vorstand des Kriegerbundes ein Rundschreiben des mecklenburgischen Kriegerverbandes über die Stellung zu sozialdemokratischen Mitgliedern unter voller Zustimmung zu dem Inhalt dieses Rundschreibens. Es heißt in demselben:

Die Verhätigung sozialdemokratischer Gesinnung in irgend welcher Art und selbstverständlich daher auch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ist schlechterdings und unter allen Umständen unvereinbar mit dem Geist und dem Wortlaut der Satzungen aller Vereine des deutschen Arbeitervereinsbundes und unvereinbar daher auch mit fernern Verbleiben in der Vereinsgemeinschaft. Wo immer daher erwiesenenmaßen vorliegt, daß ein Vereinsmitglied sich in sozialdemokratischem Sinne an der Wahl oder auch an den Wahlvorbereitungen beteiligt hat,

ift es unabweiſliche Pflicht des Vereinsvorſtandes, auf dem ſatzungsgemäß vorgeſchriebenen Wege, im Uebrigen aber ſo beſchleunigt als möglich, den Verein durch Anſchluß von einem ſolchen Mitgliede zu befreien. Ob in ganz beſonderen Ausnahmefällen, in welchen es ſich lediglich um irreguläre Thorheit handelt, mit nachträglicher vorbehaltsloſer reumüthiger Abbitte eine mildere Beurtheilung möglich oder zuläſſig ſein ſollte, muß der pflichtmäßigen und geiſtlichen eigenen Prüfung der Vereinsvorſtände überlaſſen bleiben. Inwieweit es Pflicht und Recht der Vereinsvorſtände iſt, den gegen ein einzelnes Mitglied aufgenommenen Verbaht durch Anſtellung geeigneter beſonderer Ermittlungen beweiskräftig zum Austrag zu bringen, hängt gleichfalls ab von pflichtmäßiger und unſichtiger Würdigung der Umſtände des einzelnen Falles. Ueberall wird am Platze ſein eine in die allererſteſte Form gekleidete in öffentlicher Vereinsverammlung ausſprechende Aufforderung, wer im Herzen Sozialdemokrat ſei und dies bei der jüngſten Wahl gezeigt habe, könne und dürfe ehrenhafter Weiſe einen Tag länger Mitglied des Vereins bleiben; ein gegenſtändliches Verfaſſen begründe den Vorwurf einer niedrigen und unmürdigen Scheudelei und werde den Betreffenden dauernd mit einem ſchweren Makel an ſeiner Ehre beſaſſen, welchen Jebermann ſieht, wenn die Sache demnächſt doch an den Tag komme, dauernd in gebührender Weiſe werde vorhaſſen dürfen. Unter Umſtänden wird es nicht gemüthliſt werden können, wenn ein Vereinsvorſtand Veranlaſſung nehmen ſollte, ein einzelnes Mitglied ohne Umſchweife direkt zu einer Erkläung über den auf ihm laſtenden Verbaht aufzufordern. Sollte die Befolgung der Rathſchläge nicht ausreichen, um einen Verein von den jetzt mit dem Verbaht der Unwürdigkeit beſaſſten Mitgliedern zu befreien, ſo werden der Vorſtand und alle treu geſinnten Kameraden vor die Frage weitergehender erſter Entſcheidungen geſtellt ſein, als da ſind: Auflösung des Vereins und Abgabe der Altkleſſik verſchiedenen Fahne, unter Vorbehaht der Neugründung eines Vereins mit zu fordernden beſonderen Bieghiſchaften für die Würdigkeit der Mitglieder.

Paris, 1. September. Die beste Illustration zur Auffassung Frankreichs von der Abrüstungsfrage liefert die Kreditforderung der Regierung von 200 Millionen für Kriegszwecke. Die Stimmung beginnt hier gegenüber Rußland umzuweichen; die Chaubinisten erklären, Rußland habe Frankreich bisher genarrt.

Madrid, 1. September. In dem heute unter Vorsitz der Königin-Regentin abgehaltenen Ministerrathe machte Ministerpräsident Sagasta Mittheilung von der Note des russischen Ministers des Aeußern Grafen Murawiew. Der Kriegsminister verlas eine Depesche des General-Gouverneurs der Philippinen, General Kios, in welcher derselbe meldet, er habe auf Ersuchen deswegs, vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung, bestimmt, daß die Säfen auf den Philippinen für den Handel geöffnet werden.

bringt des kaiserlichen und der spanischen
Beitritts, welche damit beauftragt worden sind,
einen einleitenden Entwurf aufzuzeigen, durch
welchen die Ermächtigung der Cortes zu den
Friedensverhandlungen nachgesucht wird, ihre
Arbeit heute Abend dem Cabinet zur Genehmi-
gung vorlegen.

In **Roslin** streiken die Maurer bekanntlich, weil einer ihrer Genossen „gemazgelt“ worden ist; obwohl die Meister erklärt haben, auch diesen Gesellen wieder in Arbeit zu nehmen, ist die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden. Die Streikenden verlangen noch, daß ihnen der Lohn auf den Bauplänen ausgezahlt und ihnen dort zu den Frühstücks- und anderen Pausen ein angemessener Aufenthaltsort und auch ein anständiger Abort hergestellt werden. — In **Magdeburg** sind seit Mittwoch Morgen 302 Zimmergesellen ausgesperrt, während noch 147 Gesellen bei Mitgliebern des Arbeitgeberverbandes arbeiten. In einer Versammlung der Zimmergesellen wurde beschlossen, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen mit Rücksicht auf die Lage der Maurer und Bauarbeiter. Die Versammlung nahm noch den Abschluß vom letzten Streit entgegen. Darnach betragen die Einnahmen 37 220,18 Mark, wovon 28 645,50 Mark aus der Zentralkasse, 5109,10 Mark von den arbeitenden Zimmergesellen und 1762,18 Mark von Privatpersonen gezahlt worden sind. Die Ausgaben betragen 37 190 Mark; davon sind für Streikunterstützung 33 797,75 Mark verausgabt worden, so daß ein Bestand von 3018 Mark verbleibt.

* **Tietzen**, 2. September. Der Sedan-Tag hat zwar den Charakter als allgemeiner Festtag längst verloren, in beschränktem Maße findet jedoch eine Feier des denkwürdigen Tages immer noch statt und wird namentlich in den Schulen durch Festakte die Erinnerung an den ruhmreichen Sieg der deutschen Heere bei der heranwachsenden Generation noch erhalten. Einzelne von den höheren Schulen benutzen den freien Tag zu größeren Ausflügen. Die Stadt erhält ein festliches Gepräge durch den Zugszug schmückt der öffentlichen Gebäude, denen sich zahlreiche Privathäuser anschließen und Morgens verkündet Feierliches Glockengeläute mit den Klängen eines Choralz das Anbrechen des historischen Gedenktages. Zahlreiche patriotische Vereine werden am Sonnabend und Sonntag Sedanfeiern für ihre Mitglieder und deren Angehörige veranstalten.

* Wir erhalten von autoritativer Seite folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: „Nachdem nunmehr ein den polizeilichen Anforderungen entsprechender Umbau des Stadttheaters durch den gefrigen Beschluß der städtischen Behörden für das nächste Jahr gesichert ist, hat der Herr Polizeipräsident die Genehmigung ertheilt, daß für diesen Winter das Stadttheater zu Vorstellungen noch in seiner bisherigen Verfassung benutzt werden

venanfalle bekommen, so daß ihr der Arzt
ortigen Landaufenthalt empfohlen hat.